

## ANTRAG

der Fraktionen Die Linke und der SPD

### WHO-Pandemieabkommen unterstützen und umsetzen

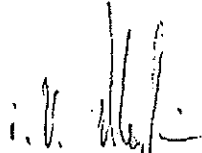
#### I. Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Corona-Pandemie die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft sowie die Möglichkeiten und Grenzen unseres Gesundheitssystems deutlich gemacht hat und wir uns national wie international vor weiteren pandemischen Krankheitsausbrüchen schützen und besser darauf vorbereiten müssen.
2. Der Landtag begrüßt den Beschluss eines internationalen Pandemieabkommens durch die Weltgesundheitsorganisation WHO.
3. Der Landtag zeigt sich besorgt über den angekündigten Austritt einiger Länder aus der WHO, da dieses Vorgehen die globale gemeinsame Bekämpfung von Krankheiten erschwert.

#### II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene über die Fachgremien, in denen die Länder vertreten sind, für die Aushandlung noch erforderlicher Details des Vertragswerks, wie etwa zum Austausch von Erregerproben und zur gerechten Verteilung lebensrettender Gegenmaßnahmen im Fall einer Pandemie wie unter anderem Diagnostik und Medikamentenbereitstellung einzusetzen, sich gegebenenfalls fachlich einzubringen und auf eine schnellstmögliche Ratifizierung des WHO-Pandemieabkommens durch die Bundesrepublik Deutschland nach dem vollständigen Abschluss der Verhandlungen zu drängen.
2. sich für eine abgestimmte Umsetzung des WHO-Pandemieabkommens im Bundesgebiet einzusetzen, insbesondere für eine zentrale Rolle des Bundes bei der Beschaffung und Finanzierung von Impfstoffen.

3. gegenüber der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass sich die Bundesrepublik Deutschland als eines der wirtschaftlich stärksten Mitglieder der WHO dafür einsetzt, dass
- alle Länder Zugriff auf Schutzmaterial, Medikamente und Impfstoffe haben und
  - Pharmafirmen ihr Wissen teilen, damit auch in anderen Ländern Medikamente und Impfstoffe produziert werden können.



**Jeannine Röslar und Fraktion**



**Julian Barlen und Fraktion**

**Begründung:**

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat am 20. Mai 2025 die Verabschiedung eines Pandemieabkommens durch die in ihr vereinigten mehr als 190 Mitgliedsländer bekanntgegeben.

Dieses Abkommen berücksichtigt die mit der Corona-Pandemie gewonnenen Erfahrungen. Es zielt darauf ab, auf internationaler und nationaler Ebene Regelungen zu treffen, die einen geordneten, hoch professionellen Umgang mit etwaigen weiteren pandemischen Krankheitsausbrüchen ermöglichen. Hierzu gehört unter anderem der Austausch von Erregerproben und die gerechte Bereitstellung von Medikamenten. Auch sieht das Abkommen verschiedene Punkte zur Prävention vor. So verpflichten sich die Mitgliedsstaaten der WHO, ihre Gesundheitssysteme und die Überwachung des Tierreichs so zu stärken, dass Krankheitsausbrüche schnell entdeckt und möglichst im Keim erstickt werden. Zudem sollen Lieferketten aufgebaut und gestärkt werden. Alle Länder sollen Zugriff auf Schutzmaterial, Medikamente und Impfstoff haben. Weltweit soll das Gesundheitspersonal zuerst versorgt werden. Weiterhin soll der Transfer von Technologien und die Forschung ausgebaut werden: Pharmafirmen sollen ihr Wissen teilen, damit auch in anderen Ländern Medikamente und Impfstoffe produziert werden können. Auch sollen DNA-Sequenzen von Pathogenen - also etwa Viren, Bakterien oder anderen Mikroorganismen - für die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen frei zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenzug sollen Impfstofffirmen der WHO zehn Prozent ihrer Produktion zur Verteilung in ärmeren Ländern spenden und weitere zehn Prozent zu günstigen Preisen abgeben.

Mit dem Beschluss des Abkommens sind die Verhandlungen bei der WHO über die Anlagen zum Abkommen noch nicht abgeschlossen.

Mit dem Ziel, einen bestmöglichen Gesundheitsschutz für die Bevölkerung sicherstellen zu können sowie als Forschungs- und Produktionsstandort für Gesundheitsprodukte und Medikamente, muss auch das Land Mecklenburg-Vorpommern ein großes Interesse an einem möglichst wirksamen Abkommen sowie an einem international und national abgestimmten Vorgehen haben.

Nicht zuletzt gilt es Lehren aus der Tatsache zu ziehen, dass der Bundestag bereits 2013 über verschiedene drohende Katastrophen- und Pandemieszenarien, einschließlich der sich daraus ergebenden und vorzunehmenden Schutzmaßnahmen, unterrichtet wurde. Seinerzeit wurde diese Unterrichtung leichtfertig ignoriert. Die Folgen dieser Unterlassung sind bekannt. Deshalb müssen auch auf Landesebene ausreichende Kapazitäten für eine Pandemievorsorge bereitgestellt werden.